

An American Newspaper which stands for American ideals and principles—published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 846), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. B. BUELSER, POSTMASTER-GENERAL

85. Jahrgang. Omaha, Nebr., Samstag, den 29. November 1919 8 Seiten—No. 224

Arbeit für alle, die arbeiten wollen

Regierung entschlossen, daß die Kohlenbergwerke nicht brach liegen sollen, wenn das Volk friert und Industrien leiden.

Betrieb der Bergwerke in Illinois und Kansas.

Washington, D. C., 29. Nov.—Nachdem die Grubenleute sich gewelert haben, die in Vorschlag gebrachte Lohnerhöhung von 14 Prozent anzunehmen, ist die Bundesregierung entschlossen, den Streit zu brechen. An den Eingängen zu den Kohlenbergwerken in Indiana, Illinois, Ohio, West-Virginia und anderen Staaten, welche Reichkohle produzieren, sind Plakate angebracht worden, monach alle Bergleute, die zur Arbeit zurückkehren, einen Lohnaufschlag von 14 Prozent erhalten. Wichtig ist für den Arbeiter aber nicht die Ausübung ihres Berufs verprochen. Die Regierung wird darauf sehen, daß die Bergwerke in Betrieb gesetzt werden, zumal alle Witterung über das Land hereinzubringen ist und der Kohlenvorrat sich immer mehr vermindert. Es heißt, daß die Regierung von dem Gedanken ausging, daß der von Garfield unterzeichnete Plan einer 14-prozentigen Lohnerhöhung abgelehnt werden würde und hat sofort Vorkehrungen getroffen, die Produktion der Reichkohle nach Kräften zu fördern. Das Justiz-Departement hat an die Streifer eine Aufforderung erlassen, zur Arbeit zurückzukehren, ihnen allen Schutz seitens der Regierung versprechend. Das Kriegs-Departement ist bereit, Truppen nach irgend einem Ort, wo Unruhen ausbrechen drohen, zu versetzen, um solche im Keim zu ersticken.

Während die Grubenbesitzer angeklagt haben, daß sie den Betrieb der Bergwerke wieder aufzunehmen, soweit dieses unter der Lage der Dinge eben zulässig ist, sagen die Führer des Streiks, daß der Auforderung seitens der Bergleute schämerlich entsprochen werden wird. Präsident Lewis und Sekretär Green haben gestern nachmittag mit dem Präsidenten der American Federation of Labor, Combers, Rücksprache genommen. Nach derselben Combers, daß die Rechtsansätze der Grubenleute binnen zehn nach Washington kommen, um mit ihm und mit dem vortragenden Washingtoner Abbeuten Jackson Nation weitere Maßnahmen gegen den Einheitsbefehl zu besprechen. Combers sagte, Lewis Green haben ihm über den Gang der Konferenz-Verhandlungen Mitteilung gemacht und die Ansicht geäußert, daß die Grubenleute willens sind, den von Sekretär Wilson geäußerten Vorschlag, den Lohn um 31 Prozent zu erhöhen, anzunehmen. Die Offerte hätten Lewis und Combers nicht abgelehnt, bis sie sich mit seiner 14-prozentigen Lohnerhöhung einverstanden erklärten. Lewis sagte sich Berichterstattung gegenüber: „Offiziell weiß ich überhaupt nicht, daß ein Kohlenarbeiter Streik angeht; die Regierung aber dafür sorgen, daß die Bergwerke wieder in Betrieb gesetzt werden, sobald der Plan des Sekretärs Wilson, den Lohn um 31 Prozent zu erhöhen, angenommen wird.“ Garfield erklärt, daß er von seinem eingekommenen Standpunkt in Lohn um 14 Prozent zu erhöhen nicht abweichen werde. Er erklärt, die Sache genau geprüft zu haben, ehe er seine Entscheidung getroffen; unter keinen Umständen werde er gestatten, daß die Grubenbesitzer den Kohlenpreis erhöhen; die Grubenleute aber sollten sich mit dem Lohnaufschlag von 14 Prozent zufrieden geben, denn er entspricht dem seit 1913 erfolgten Aufschlag der Preise des Lebensunterhaltes. Hilfsgeneralbundesamwalt Ames folgte Erklärung abzugeben: „Die Bundesämter in den Reichkohlenbezirken sind angewiesen, die Bestimmungen des Kabinetts zu befolgen. Es ist offensichtlich, daß allen Personen, die in den Kohlenbergwerken arbeiten wollen, volle Schutz zu gewähren werden muß. Alle diejenigen, ob es nun Grubenbesitzer oder Grubenbesitzer sind, die ein Uebervorteilen streben, die die Kohlenproduktion zu behindern, werden unter dem Verbot befangen werden. Truppenbefehlshaber sind an-

Hindenburg wird nicht ausgeliefert

Auslieferung Hindenburgs das Zeichen für monarchistische Gegenrevolution.

Berlin, 28. Nov.—Ein ernstlicher Versuch der Alliierten, die Auslieferung des Feldmarschalls Hindenburg zwecks Verurteilung für seine Kriegsverbrechen zu erzwingen, würde nach der Ansicht eines hervorragenden Reichstagsmitgliedes „einen Aufbruch neuerlicher Gewalt“ herbeiführen, und das Zeichen zu einem monarchistischen und nationalistischen Staatsstreich geben. Während der betreffenden Abgeordnete versicherte, daß ihm persönlich das Schicksal des alten Feldherrn gleichgültig sei, sei die Frage der Auslieferung Hindenburgs eine Lebensfrage der deutschen Republik. Die Monarchisten, welche in der letzten Zeit große Anstrengungen gemacht haben, alle reaktionären Elemente Deutschlands um Hindenburg und Ludendorff zu sammeln, werden eine „Kommun und hole ihn“ Haltung annehmen falls die Alliierten die Verurteilung Hindenburgs verlangen. Die Reaktionsären treten mit aller Macht für „Hindenburg als Präsident“ ein, welcher, trotzdem die Alliierten ihn als Verbrecher ansehen mögen, noch immer Deutschlands vollkommener Herr ist.

Wiedereröffnung der Bergwerke.

Chicago, 29. Nov.—Es heißt, daß die 370 Kohlenbergwerke in Illinois wieder in Betrieb gesetzt werden sollen. Truppen werden nötigenfalls zum Schutz der Arbeiter verwendet werden.

Zugwischen macht sich die Kohlennot in den Mittelstaaten immer mehr fühlbar. Streifen die Kohlengräber noch eine weitere Woche, dann scheint die Einstellung aller Arbeit in den Industriedistrikten sicher. In Chicago helfen sich die Kohlenhändler bei Lieferung von Kohle gegenseitig aus.

Öffentliche Schulen, Filmtheater, Restaurants und andere öffentliche Etablissements, die unter die Rubrik „unwesentlich“ kommen, sind in Kansas City geschlossen worden. Andere drastische Maßnahmen sind in Aussicht gestellt.

Die Interurban Bahnhöfen in Indiana müssen binnen drei Tagen den Dienst einstellen, falls ihnen nicht Kohle zugeführt wird.

Kansas City, 29. Nov.—Hier stehen 500 Arbeiter bereit, nach den Kansas Kohlenfeldern abzugehen, um die Arbeit zu beginnen. Von Compton und Fort Leavenworth sind Zelte und Kantinen errichtet worden nach jenen Distrikten abzugehen. Die Gouverneur Allen von Kansas sagt, werden 1000 auserlesene Arbeiter den Betrieb der Kohlenbergwerke am Montag aufnehmen. Es wird erwartet, daß täglich 100 Bahnwagenladungen Kohle gefördert werden können.

Hoover's Vertreter trifft in Berlin ein

Berlin, 29. Nov.—Hauptmann Arthur Ringland von Montclair, N. J., ist hier heute von Prag eingetroffen, wofür er als Vertreter des Nahrungsmittel-Direktors Hoover fungierte. Er wird mit der deutschen Regierung Rücksprache nehmen, um den deutschen Kindern in Prag bessere und mehr Nahrung zu kommen zu lassen.

Russische Goldreserve unerschöpflich

London, 28. Nov.—Die „Daily Mail“ berichtet auf Grund einer Unterredung mit Maxim Litwinoff, dem Unterhändler der Soviet-Regierung in Kopenhagen, daß die russische Regierung Vermögensgüter zur Einleitung von Friedensverhandlungen und Aufhebung der Blockade machen werde. Großbritannien allein würde einem Frieden zwischen der Soviet-Regierung und den baltischen Staaten und Finnland, dessen Unabhängigkeit anerkannt werde, im Wege. Die Gold-Reserven Rußlands seien beispielsweise und die Soviet-Regierung fände bereit 400.000.000 Rubel in Gold zum Ankauf von Maschinen, Nahrungsmitteln und anderen Bedürfnissen auf den Markt zu werfen.

Erzbischof von Paris tadelt moderne Tänze

Paris, 29. November—Kardinal Amette, Erzbischof von Paris, hat einen Hirtenbrief erlassen, in welchem er gegen unaufrichtige Tänze und auffällige Trachten Protest erhebt, sagend, daß christliche Frauen und Mädchen sich anständig kleiden und anständigen Tänzen entsagen sollten. Der Kardinal sagt, daß derartige Tänze barbarisch sind. Dabei verweist er auf gewisse amerikanische Tänze, die seit kurzer Zeit in Paris eingang gefunden haben.

Methodisten lassen Tabakindustrie in Ruhe

Washington 28. Nov.—Der Ausschuss der Methodistischen Kirche für Moralität, Enthaltsamkeit und Gerechtigkeit gab bekannt, daß er keine Prohibition für das Verbot gegen Herstellung und Verkauf von Tabak zu machen beabsichtigt.

Arbeiter-Konferenz erwählt Präsident

Washington, 28. Nov.—Die internationale Arbeiterkonferenz erwählte das frühere Mitglied des französischen Parlaments, Albert Thomas, einen konservativen Arbeiterführer zum provisorischen Direktor des Vorstandes der internationalen Arbeiter. Der Vorstand besteht aus Vertretern vier größerer und 8 kleiner Nationen und hat die Sammlung und Veröffentlichung von Statistiken und anderer auf die Arbeiterfrage bezüglichen Materials zur Aufgabe. Die Konferenz hat folgende Beschlüsse angenommen: Die Annahme eines Aktionsprogrammes oder einer 48stündigen Woche; Bekämpfung der Nachtarbeit für Kinder; Verbindung der Arbeitslosigkeit.

Millard stiftet \$250 zum Hilfsfonds

Die erzie Detachment in Douglas County außerhalb Omaha läßt von sich hören.

Das Städtchen Millard in Douglas County außerhalb Omaha hat jetzt auch seinen Beitrag zum Hilfsfonds für Mitteleuropa gestiftet. Der Millard Blattdeutsche Verein gab \$50 und ernannte ein Komitee, bestehend aus den Herren C. S. Holstein, C. P. Ahrendsen und Hans Hansen, um unter den Bürgern deutscher Herkunft eine Sammlung aufzunehmen, die recht erfreulich ist. Jetzt ist es an der Zeit, daß auch Elkhorn und Bennington in Douglas County mit ihrer stark deutschen Bevölkerung etwas tun. Der Blattdeutsche Verein von Bennington sollte sich den Verein von Millard zu Muster nehmen. Wir hoffen in Kürze von Beiträgen aus beiden Städten berichten zu können.

Millard, Nebr., 25. Nov. '19. Werter Herr Peter!

Hiermit überreichen wir Ihnen einen Scheck von \$250.30 für den Hilfsfonds in Deutschland. Der Millard Blattdeutsche Verein hat beschlossen in letzter Verammlung, \$50.00 aus der Kasse zu bewilligen und ein Komitee ernannt, bestehend

Arbeiter-Konferenz empfiehlt Mutterchutz

Deutschland bedauert das durch Transportverweigerungen verursachte Ausbleiben deutscher Delegationen.

Washington, 28. Nov.—Der internationalen Arbeiterkonferenz ging ein Telegramm der deutschen Regierung zu, worin diese die Abwesenheit deutscher Delegierten mit der mangelnden Schiffverfügbarkeit entschuldigte und die Hoffnung aussprach, das Fehlen der deutschen Vertreter möge nicht mißverstanden werden.

Die Konferenz nahm mit großer Stimmeneinheit einen Beschuß an, der die verbleibenden Regierungen verpflichtet, weiblichen Arbeitern einen Urlaub von sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Entbindung mit vollem Lohn für drei Monate zu bewilligen. Nach dem ursprünglichen Wortlaut des Antrages, wäre die Zahlungspflicht den Arbeitgeber ausgesetzt worden, doch wurde dies von den Vertretern derselben verworfen.

Deutschland will Protokoll nicht unterschreiben

Berlin, 29. Nov.—Erklärungen, die augenscheinlich von der Regierung inspiriert worden sind, lassen erkennen, daß Deutschland nicht gewillt ist, das Friedensprotokoll, das seit dem Verleiten der deutschen Kriegsflotte in Stapa Flow eine Aender- und erfahren hat, zu unterschreiben. Die Alliierten haben sich die verfertigten Schiffe die Auslieferung gewisser Docks, Dampfboote und dergleichen verlangt. Die deutsche Regierung sagt, der Erklärung zu- folge, daß sie für die Handlung des Admirals Reuter in Stapa Flow nicht verantwortlich gehalten werden könne und verweist darauf, daß Frankreich sein Versprechen, die Kriegsgefangenen heimzuführen, nicht gehalten habe. Aus diesem Grunde könne auch Deutschland sein Wort hinsichtlich des Friedensprotokolls brechen.

England wünscht keine Kohlenunter- suchung.

London, 28. Nov.—Die Regierung trug einen glänzenden Sieg davon, als der Antrag des Arbeiterführers William Grace, auf Ernennung eines Komitees zur Untersuchung der Produktionskosten und die Preise für Kohlen im Unterhause mit 254 gegen 59 Stimmen abgelehnt wurde.

Das Plebiszit in Masuren.

Berlin, 29. Nov.—Der „Kokal- anzeiger“ hat von Thorn Nachricht erhalten, monach die britische Kommission in Posen in Kenntnis gesetzt worden ist, daß 16.000 Mann britischer Truppen das demnachst in Masuren (im süd-östlichen Teil der Provinz Ostpreußen gelegen) abzuhalten Plebiszit übernehmen werden. Die Truppen werden in Danzig ausgeschifft und dann per Bahn nach Masuren befördert werden.

Deutschland eilt Wien zur Hilfe

Trotz eigener Not sendet es 5,000 Tonnen Kornfrucht nach der bedrängten Donaustadt.

Berlin, 29. Nov.—„Deutschland, verlaß uns nicht! Hilf uns, du bist unsere letzte Hoffnung!“ Dieser Rufschrei aus Wien klingt heute durch einen großen Teil der deutschen Presse. Die schrecklichen Zustände, die in Oesterreich's Hauptstadt herrschen, wo Frauen und Kinder und Greise in Folge Hungers und Kälte dahin sterben werden in diesen Depeschen ergreifend geschildert. Mit all' seinem Elend verlaßt Deutschland doch, die Verden seiner Schwäger-Republik nach besten Kräften zu mildern. Die Zeitungen zeigen die Veranstaltung von Sammlungen an und erklären, es müsse etwas getan werden, um zu verhindern, die hungernden und frierenden Kinder Wiens zu retten.

Ogleich der große Kartoffelmangel es notwendig gemacht hat, für diese Woche die Nationen auf vier Pfund zu beschränken, hat Deutschland doch 5,000 Tonnen Kornfrucht nach Wien geschickt.

Die „Neue Freie Presse“ in Wien schreibt darüber: „Wien wird die gesandte deutsche Hilfe dankbar empfangen.“

Die Kohlen- und Nahrungsmittelnotlage in Deutschland ist eine solche, daß nach Ansicht des „Berliner Tageblattes“ eine weitere Einschränkung des Passagierverkehrs notwendig werden dürfte.

Präs. Wilson erholt sich sehr langsam

Gerüchte wollen sich nicht legen, daß Herr Wilson an teilweiser Lähmung leidet.

Washington, 29. Nov.—Die Genesung des Präsidenten Wilson geht nur langsam von statten. Gerüchte weise verlautet, daß Herr Wilson gelähmt ist; Tatsache ist, daß seitdem er das Krankenbett verlassen hat, kein Schritt gegangen ist und sich beim Schreiben der linken Hand bedient. Dr. Grayson über das Gerücht befragt, sagte, er könne nichts darüber sagen; nach wie vor müsse er darauf beharren, keinerlei Gerüchte in Uebred zu stellen oder zu bejahen.

Stundung von Zinszahlungen

Die Ver. Staaten werden auf Bezahlung der Zinsen für geborgtes Geld drei Jahre warten.

London, 29. Nov.—Es wird jetzt ein Plan der britischen und der amerikanischen Regierung erörtert, monach die Zahlung von Zinsen auf Vorschläge, die von England und den Ver. Staaten an Verleihen im Lauf des Krieges gewährt wurden, und auch auf die Vorschläge der Ver. Staaten an England auf drei Jahre hinausgeschoben werden soll. So veränderte der Schatzkanzler Chamberlain im britischen Unterhause.

Ital. Sozialisten gegen d'Annunzio

Mailand, 28. Nov.—Eine Sozialistenversammlung, an der sich alle sozialistischen Deputierten beteiligten, richtete ein Anschreiben an die Regierung, die Unternehmungen d'Annunzios in Dalmatien energisch zu unterdrücken und eine Blockade einzurichten, um seinen Truppen die Nahrungsmittel abzuschneiden.

Deutschland wird Papiergeld einlösen.

Brüssel, 29. Nov.—Die deutsche und belgische Regierung haben ein Uebereinkommen getroffen, dem zufolge Deutschland sich verpflichtet, die in Belgien während der Besetzung herausgegebenen 6 Milliarden Mark in Kassenscheinen bis zum Jahre 1940 wieder einzulösen.

Niederlage der Arbeiterpartei.

Winnipeg, Man., 29. Nov.—Das Fusionsprogramm der „Vürgerpartei“ hat in den gestrigen Stadtwohlen einen entscheidenden Sieg davon getragen. Die Arbeiterpartei hatte versprochen, im Falle ihres Sieges alle bei dem Generalstreik vom letzten Frühling um ihre Stellung gekommenen Stadtorgane wieder in ihr Amt einzusetzen.

Es bezahlt sich in den „Klaffigen Anzeigen“ der Tribune zu ammonizieren.

—

Die Situation wird immer kritischer

Allem Anschein nach sucht Carranza eine Intervention seitens der Ver. Staaten herbeizuführen; weiterer Amerikaner ermordet.

Anerkennungs-Zurücknahme Carranza's erwartet

Washington, 29. Nov.—In Regierungskreisen gewinnt die Auffassung an Boden, daß Carranza absichtlich eine amerikanische Intervention herbeizuführen sucht, um dadurch Revolution in Mexiko zu verhüten. Wenn die Ver. Staaten durch fortwährende Herausforderung zur bewaffneten Demonstration getrieben werden können, hofft Carranza alle politischen Feinde zum Schutz des Landes um seine Fahne sammeln, und sich dadurch bis zur nächsten Präsidentschaftwahl im Sattel halten zu können.

Washington, 29. Nov.—Der demokratische Senator Ashurst von Arizona hat eine leidenschaftlich gehaltene Rede auf Entsendung von Bundesstruppen nach Mexiko gehalten, falls der Konsularagent Jenkins nicht innerhalb 24 Stunden in Freiheit gesetzt würde. Er beschuldigte die Regierung, daß ihre Drohungen gegen Mexiko ebenso wenig ernst gemeint seien wie früher, und daß dies in Mexiko sehr gut verstanden werde.

Die Beziehungen zwischen den Ver. Staaten und Mexiko schienen einen Bruch näher zu freiben durch die Ermordung eines anderen Amerikaners, James Wallace, der von Carranzisten am letzten Mittwoch in der Nähe von Tampico erschossen wurde. Das Staatsdepartement wurde gestern von dieser Mordtat in Kenntnis gesetzt und verfügte eine sofortige eingehende Untersuchung. Die Einzelheiten über die Ermordung des James Wallace stehen noch aus; aber in Regierungskreisen hofft man sie als den letzten Tropfen an-

der das Maß zum Ueberfließen bringe. Wallace war ein Angestellter der Gulf Refining Co., welche ausgedehnte Oelfelder in Mexiko und Südamerika kontrolliert. Er ist der achte Amerikaner, der seit dem 22. Juli ermordet wurde, an welchem Tage unsere Regierung die Anerkennung Carranzas warnte, daß die Ermordung weiterer Amerikaner eine entscheidende Veränderung in der amerikanischen Politik hervorgerufen würde.

Staatssekretär Lansing empfing gestern den mexikanischen Gesandten, Ignacio Bonillas, zu einer vertraulichen Konferenz, auf welcher nicht nur der Fall Jenkins, sondern auch die eben erregte Nachricht von der Ermordung des Wallace verhandelt wurde. Es wird behauptet, daß der Staatssekretär dem Gesandten eine Rundgebung von solcher Schärfe übermittelt habe, wie sie bisher noch nicht in einer diplomatischen Note zum Ausdruck gebracht wurde.

Später traf die Nachricht ein, daß der Amerikaner Otto Lund und der brutale Behandler mexikanischer Banditen erlegen ist. Lund wurde vor fünf Monaten zwecks Erpressung eines Lösegeldes gefangen genommen, ihm ein Finger abgehakt und dem schriftlichen Verlangen nach Lösegeld beigefügt. Mißverfassung und Brandbrand lösteten den Mann, dessen Familie in Tepic, Mex., von allen Neuigkeiten entsetzt ist.

Der Gesamtindus der gestrigen Entwicklung der mexikanischen Lage ist der, daß diese sich in einem kritischeren Stadium befindet wie vielleicht seit Jahresfrist. Aus Regierungskreisen stimmt die Ver- sicherung, daß die Unterhandlungen nicht hinausgezogen werden können, und daß die Regierung, sobald sie sich für den einschlagenden Kurs entschieden hätte, vorbereitet sei, denselben innewahnen.

Berichte über Zusammenstöße von Truppen Carranzas und des Generals Obregon in den Straßen von Mexiko und über die Flucht Carranzas nach Queretara werden von der mexikanischen Öffentlichkeit als nicht erklärt. Die Gefandtschaft ist mit der Stadt Mexiko in steter Verbindung gewesen und hat von einer Revolution nichts gehört.

Ein Regierungswechsel in Mexiko würde nach der Ansicht von Eingeweihten vielleicht einen friedlichen Ausweg aus den augenblicklichen Schwierigkeiten darbieten. Andererseits wird behauptet, daß ein Regierungswechsel von solchen Unruhen und Ausschreitungen gegen Ausländer und deren Eigentum begleitet sein würde, daß dadurch weitere zwingende Gründe für das Eingreifen der Ver. Staaten noch nicht für die amtliche Behandlung geschäftlicher Fragen vorbereitet zu sein scheint.

Deutsche Arbeit zahlt für Rohmaterial

Baumwollpflanzer liefern Deutschland Kredit und Material für deutsche Produkte.

Berlin, 28. Nov.—Amerikanische Baumwollinteressen machen ausgedehnte Vorbereitungen zur Einigung des deutschen Marktes. Einige Baumwollexporteure haben Handelsvertreter in Mexiko um Erlaubnis gebittet, die Produktion der Baumwollplantagen zu unterdrücken und eine Blockade einzurichten, um seinen Truppen die Nahrungsmittel abzuschneiden.

Washington, 29. Nov.—Sollte Präsident Carranza sich weigern, im Falle Jenkins und Wallace Genugthuung zu geben, so wird nach allgemeiner Ansicht das Staatsdepartement dem Präsidenten Wilson den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Zurücknahme der Anerkennung Carranzas empfehlen. Eine bewaffnete Intervention kommt noch nicht in Frage. Ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen würde aber eine Verstärkung der Grenzstruppen zur Folge haben.

Die Aufstellung der deutschen Flotte

Paris, 29. Nov.—Der Oberste Rat der Friedenskonferenz hat den britischen Plan angenommen und die deutsche Kriegsflotte in folgender Weise verteilt: Großbritannien erhält 70 Prozent der gesamten Tonnage, Frankreich 10, Italien 10, Japan 8 und die Ver. Staaten 2 Prozent. (Geftirgen Depeschen gemäß sollen die deutschen Kriegsschiffe mit Ausnahme solcher, die an Frankreich und Italien fallen, zerstört werden.—Die Red.)

Gas-Explosion auf „President Grant“

Boston, Mass., 28. Nov.—Durch Explosion eines Aetolene-Gebüdes wurden auf dem Transport-Schiff „President Grant“ der zweite Maschinist getötet und der vierte Maschinist verletzt. Das Schiff erlitt nur geringen Schaden. Zur Zeit des Unfalls befand sich der „President Grant“ mit 900 Soldaten an Bord 365 Meilen außerhalb New York auf der Fahrt nach West.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Teilweise bewölkt heute abend und Sonntag, Kälter heute abend; fortgesetzt kalt am Sonntag.

Für Nebraska—Teilweise bewölkt heute abend und Sonntag, Kälter heute abend, mit Ausnahme im zentralen Teile. Kalte Welle im nordwestlichen Teile mit Gefrier-Temperatur. Fortgesetzt kalt am Sonntag.

Für Iowa—Unbestimmt und kälter heute abend. Wahrscheinlich Schnee in nordwestlichen, östlichen und zentralen Teilen. Kalte Welle im äußersten östlichen Teile mit niedriger Temperatur. 15 bis 20 Grad. Sonntag teilweise bewölkt, Kälter im äußersten östlichen Teile.